

Friedensappell von Todenhöfer und Lafontaine

Der frühere Linken-Vorsitzende Oskar Lafontaine und der ehemalige CDU-Abgeordnete und Parteigründer („Team Todenhöfer“) Jürgen Todenhöfer fordern von der Bundesregierung diplomatische Initiativen gemeinsam mit Frankreich mit dem Ziel einer Friedenslösung für die Ukraine. Dabei müssen die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigt werden.

Die beiden Politiker kritisieren, dass eine „diplomatische Untätigkeit“ der Bundesregierung der Präambel des Grundgesetzes widerspreche, in welcher das Friedensgebot verankert sei.

Das sei auch das Interesse von Deutschland und Frankreich im Kontext mit den europäischen und nicht denen der USA.

Die gemeinsame Position von Lafontaine und Todenhöfer, die unterschiedlichen politischen Positionen entstammen, folgt der von Lafontaines Ehefrau, Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, deren „Manifest für den Frieden“ mit 800 000 Unterschriften unterstützt wurde.

Die „Rente der deutschen Einheit“

Nach nur 33 Jahren sind ab Juli die „Rentenpunkte in Ost und West des zusammengetretenen Stiefvaterlandes „gleich“.

Der „Rentenwert“, also die Summe, die pro erarbeiteten Rentenpunkt gezahlt wird, beträgt nun einheitlich 37,50 Euro.

Wer nun die im Arbeitsjahr erstrebenswerte Höchstzahl von zwei Rentenpunkten erreichen will, muss also möglichst im Osten ebenso viel verdienen wie im Westen. So lange und dort, wo das nicht der Fall ist, zum Beispiel bei vielen Frauen, wird die zu erwartende Rente also niedriger ausfallen.

Der gerechte Ausgleich: Die Inflationsrate, die die heutige Rentenerhöhung übersteigt, ist in Ost und West gleich.

Schließlich sind wir ein Volk.

w.k.

Der Aufruf im Wortlaut

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Staatspräsident Macron,
bitte helfen Sie mit, den Ukrainekrieg zu beenden!

Wir fordern Bundeskanzler Scholz und Staatspräsident Macron auf, gemeinsam nach Moskau und Washington zu reisen, um konkrete Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Ukrainekonflikts einzuleiten. Wir sprechen im Namen der schweigenden Mehrheit der Menschen Deutschlands und Frankreichs, die Verhandlungen und Frieden will.

In Deutschland widerspricht die diplomatische Untätigkeit der Ampel der Präambel unseres Grundgesetzes, die von allen Politikern fordert, „dem Frieden der Welt zu dienen“ und nicht dem Krieg. Die Ukrainepolitik der Ampel steht in klarem Widerspruch zum Friedensgebot und zum Geist unseres Grundgesetzes.

Frankreich und Deutschland haben als europäische Führungsmächte eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa. Das gilt selbst dann, wenn die USA im Ukrainekonflikt möglicherweise auch andere Ziele verfolgen als die Europäer. Deutschland und Frankreich müssen ihre eigenen nationalen und europäischen Interessen vertreten und nicht in erster Linie die Interessen der USA.

Niemand behauptet, dass Frieden mit Russland leicht ist. Aber er ist möglich.

So wie nach dem 2. WK die fast undenkbare Aussöhnung zwischen den jahrhundertlangen Todfeinden Frankreich und Deutschland möglich war. Weil es mutige und weitsichtige Politiker gab wie Adenauer und de Gaulle.

Dasselbe galt für die Aussöhnung Deutschlands mit der Sowjetunion. Unser Land hat im 2. WK 27 Millionen Sowjetbürger – darunter Millionen Russen und Ukrainer – getötet. Trotzdem haben verantwortungsbewusste Politiker wie Brandt in den siebziger Jahren durch intensive Verhandlungen erreicht, dass die Sowjetunion Deutschland die Hand zu Versöhnung reichte.

Was damals möglich war, ist auch heute möglich. Und nötig. Zu viele Ukrainer und Russen sind in diesem Krieg bereits gefallen. Täglich werden Menschen Opfer der Bombenangriffe, die Ukraine wird in immer größerem Umfang zerstört. Wir müssen dieses Blutvergießen so schnell wie möglich stoppen.

Ihre Aufgabe, Herr Bundeskanzler und auch Ihre, Herr Staatspräsident, heißt Frieden und nicht Krieg. Frieden jetzt, nicht irgendwann! Ohne Russland und ohne eine Politik der Vereinigten Staaten, die auch den Sicherheitsinteressen Russlands Rechnung trägt, wird es in Europa keinen dauerhaften Frieden geben.

Oskar Lafontaine und Jürgen Todenhöfer

Aus der Arbeit des Vorstandes

Auf einstimmigen Beschluss des Vorstandes wurden als neue Vorstands-Mitglieder kooptiert:

- Uwe Johannßen (TIG Rostock)
- Gerald Böhm (TIG Leipzig)
- Steffen Haupt (TIG Chemnitz) und
- Bernd Hartmann (Geschäftsstelle).

Joachim Bonatz berichtete über die OKV-Veranstaltung „Dialog statt Waffen“ vom 25.3. (vgl. IA 5/23), deren Wahrnehmung in den Medien, u.a. im chinesischen Fernsehen, und Versuchen diese durch Konstruktion einer angeblichen Nähe zu rechten Kräften abzuwerten.

Auf der neu gestalteten Web-Seite des OKV (www.okv-kuratorium.org) kann die gesamte Veranstaltung und die Reaktion der Medien nachverfolgt werden.

Die Landesbeauftragten berichteten über durchgeführte und geplante Veranstaltungen in den TIG, mit denen das Vereinsleben nach den Corona-Einschränkungen wiederbelebt wird.

Aus der Postmappe

Unvergessen - Tag der Befreiung

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland bedingungslos. Spätestens an diesem Tag endete für Millionen Menschen in den furchtbaren Konzentrationslagern und Kriegsgefangenenlagern sowie besetzten Ländern existentielle Furcht und maßlose sowie entwürdigende Unterdrückung. Befreit, um den Preis von Millionen von toten und verwundeten Soldaten und Widerstandskämpfern vom faschistischen Regime, wurde auch Deutschland.

Dieser tapferen Menschen zu gedenken sollte in Deutschland zur Herzensangelegenheit von Bürgerinnen und Bürgern gehören und dem Staat Verpflichtung sein, alles Erdenkliche zu tun, um den antifaschistischen Auftrag: „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!“, mit aller Kraft umzusetzen.

Aber warum ist der 8. Mai nicht ein bundesweiter Feiertag, so wie es guter Brauch in der DDR war?

Warum protestiert Deutschland nicht gegen den Abriss von Denkmälern in osteuropäischen Staaten, die an die Kämpfer gegen den Faschismus erinnern und mahnen? Warum steht die Bundeswehr an den Grenzen Russlands, obwohl dies in den Gesprächen zur Wiedervereinigung ausgeschlossen worden war?

78 Jahre nach dem 8. und 9. Mai legen EU und NATO die Axt an alles, was mit und nach dem Sieg über den Faschismus vereinbart worden ist. In Deutschland wird demonstrativ eines der größten NATO-Manöver „Defender 2023“ abgehalten werden. Peter Scholl-Latour schrieb schon 2006: „Im Westen üben NATO und EU durch ihre

forcierte Osterweiterung beträchtlichen Druck aus ...“

Warum verweigert sich das offizielle Deutschland, im Wissen um die vernichtende Wirkung eines kriegerischen Konflikts in Europa, einer vernunftbegabten und konsequent friedenspolitisch orientierten Außenpolitik? Wo bleibt ein gesamt-europäisches Sicherheitskonzept?

Gehen wir im ehrenden Gedenken an die Gräber der Gefallenen im Kampf gegen den Faschismus und erweisen ihnen unseren Respekt!

Raimon Brete, Chemnitz

*

Zum Leitartikel im April

Wolfgang Schmidt ist auf die Fragen von Nico Popp ausführlich eingegangen – die Antworten finde ich gut.

Zu den Antworten in der Frage: „In Ihrer Erklärung, dass bereit 2008 ... im Grunde alles gesagt war“, bin ich nicht einverstanden. Ich bin der Ansicht, dass zum Aufgabenbereich des MfS doch noch „was“ zu sagen wäre. Und zwar zur „vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit.“

Dieser Teil der operativen Arbeit erfolgte insbesondere wirksam im Bereich der Absicherung der Volkswirtschaft. Dazu gab es Richtlinien des Ministers für Staatssicherheit (1/69 und 1/82). Grundlagen hierzu waren entsprechende zentrale Parteibeschlüsse der SED.

In diesen Richtlinien wurden solche Aufgaben gestellt:

- Vorbeugung, Verhinderung subversiver Angriffe
- Vorbeugung von Störungen und Schäden beim Im- und Export
- Unterstützung staatlicher und wirtschaftsleitender Organe zur Gewährleistung einer hohen Stabilität, besonders zum Brandschutz, Geheimnisschutz, Sicherheitsüberprüfungen von Personen. Dabei gab es mit den Werktagen eine vertrauliche Zusammenarbeit.

Der Einsatz und die Arbeit der IM und GMS zur Erfüllung der Aufgaben zur Sicherung der Volkswirtschaft war hierbei einer der Kernpunkte. Ich wende mich hierbei gegen den Vorwurf in den Materialien und Aussagen der BStU:

„Die Arbeit und Aufgabenstellungen zur Sicherung der Volkswirtschaft der DDR durch das MfS habe gegen die eigenen Bürger gewirkt.“

Selbstverständlich beschäftigte sich das MfS nicht nur mit Sachen, sondern mit Menschen – womit denn sonst.

Zur „vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit“ sollte auch die Arbeit mit Sicherungskonzeptionen, der Einsatz von Sicherheitsbeauftragten, die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheits- und Kontrollorganen erwähnt werden.

Wir in der TIG Magdeburg werden auch weiterhin die Arbeit des MfS, besonders unsere Erkenntnisse und Erfahrungen in unserem Verant-

wortungsbereich besprechen und des 40 Jahre währenden Bestehens der DDR gedenken.

Wolfgang Schmidt sagte im Interview: „Die DDR war ein Staat des Friedens ... eine Alternative zu dieser Gesellschaft in der BRD.“

Werner Wild, TIG Magdeburg

Bei anderen gelesen

Hand anlegen

Das lässt nichts Gutes ahnen: Eine Kunstaktion in Dresden will eine Debatte über sowjetische Ehrenmale anregen

Von Sigurd Schulze

Anfang des Jahres 1945 war die Niederlage Nazideutschlands abzusehen. Die Nazis und ihre Generalität wehrten sich verzweifelt. Mit dem Übergang der sowjetischen Truppen über die Oder am 16. April begann die letzte große Schlacht. Sie kostete noch Zehntausende sowjetische Soldaten das Leben. Sie wurden in deutscher Erde bestattet. Überall errichteten die sowjetischen Truppen für Ihre Gefallenen Denkmale. So auch in Dresden. Albertplatz das Ehrenmal für die Gefallenen der 5. Gardearmee eingeweiht. Dies war das erste Denkmal für sowjetische Soldaten auf deutschem Boden, entworfen von dem Dresdner Bildhauer Otto Rost.

Bereits 1989 gab es Forderungen zum Abriss des Denkmals, und es wurde 1994 vom zentral gelegenen Albertplatz auf den abgelegenen Olbrichtplatz verlegt. Im Staatsvertrag von 1990 zwischen der Bundesrepublik

Deutschland, der DDR und den vier Siegermächten hatte sich Deutschland dazu verpflichtet, die Denkmale zu ehren und zu pflegen. Man konnte annehmen, die Frage sei entschieden und die sowjetischen Soldaten könnten in Frieden ruhen. Dies ist auch den toten amerikanischen, britischen, französischen, kanadischen und deutschen Soldaten in vielen Ländern Europas vergönnt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. berichtet regelmäßig, dass ihn russische und belarussische Behörden darin unterstützen, die Überreste deutscher Soldaten auf ihren Territorien zu exhumieren und zu bestatten. Die Hinterbliebenen können die Grabstätten besuchen.

Aber wie ist es in Dresden? Der Zahn der Zeit macht auch vor Denkmalen nicht halt. Das neun Meter hohe sowjetische Ehrenmal weist Schäden auf. Die Fraktion Die Linke im Dresdner Stadtrat forderte bereits im Jahre 2020 seine Sanierung. Ein Gutachten ermittelte die notwendigen Arbeiten, deren Kosten werden auf 126.000 Euro taxiert. Das Denkmal sollte in seiner historischen Form erhalten werden. In der Begründung heißt es: »Das Ehrenmal hält die Erinnerung wach an den von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieg und dessen Opfer (...) Die Erhaltung des Ensembles in einem entsprechenden

Zustand ist unser Land den gefallenen Soldaten und allen anderen Leidtragenden schuldig. Wirtschaftliche Belange sollten dabei nicht im Vordergrund stehen.« Auch Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) erklärte in einer Vorlage vom 14. Dezember 2021: »Die Erhaltung des Ehrenmals ist für unsere Stadt eine wichtige Pflicht.«

Doch der banale denkmalpflegerische Vorgang lässt schöpferische Geister nicht ruhen. Der Tag der Befreiung rückte heran. In einer Pressemitteilung vom 3. Mai teilte das Kunsthause Dresden mit: »Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine ist in vielen Ländern eine Debatte um sowjetische Denkmale entbrannt – und auch in Deutschland gab es Forderungen zum Abriss sowjetischer Ehrenmale, so auch im vergangenen Sommer in Dresden (durch den FDP-Stadtbezirksbeirat Stefan Scharf, jW) (...) wie die militaristische Formensprache des Denkmals wirft auch die Einordnung des Denkmals wie auch des 8. Mai als Tag der Befreiung Fragen auf, die für eine zukünftige Kontextualisierung von Bedeutung sind – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer pluralistischen Erinnerungskultur in Europa und einem differenzierten Erinnern der Gewaltgeschichte Ostmittel- und Osteuropas im 20. Jahrhundert.« Dazu veranstaltete das

Kunsthause Dresden am 8. Mai am Denkmal eine »temporäre künstlerische Intervention sowie ein öffentliches Diskussionsformat. Die Künstlerin Svea Duwe legte dazu Hand an. Wo der Denkmalschutz eine Umspannung zum Unfallschutz angebracht hatte, klebte Duwe Schilder in Deutsch, Englisch und Russisch darüber: »Dieses Gebilde ist fragil!«

Nun konnte ein jeder die Gefahr erkennen. Zwar mag man fragen, was die toten Soldaten von 1945 mit dem Krieg in der Ukraine zu tun haben. Doch die Freiheit der Kunst erlaubt beklebte Denkmale und selbst implizit geschichtsrevisionistische künstlerische Interventionen. Nach Einschätzung der Leiterin des Kunsthause Dresden, Christiane Mennicke-Schwarz, verlief die Diskussion, bei der am 8. Mai ungefähr 150 Personen anwesend waren, »nach einer zunächst aufgeregten Atmosphäre« und trotz Zwischenrufen insgesamt friedlich.

Doch was ist eine Kontextualisierung? Dazu wird die Dresdner Kulturbürgermeisterin Annetkatrin Klepsch von Mennicke-Schwarz zitiert. Es sei vorgesehen, unter anderem eine Ergänzung weiterführender Informationen und eine historische Einordnung und Vermittlung des historischen Ehrenmals vorzunehmen. Über deren

näheren Inhalt »vor dem Hintergrund einer pluralistischen Erinnerungskultur in Europa« lässt das nichts Gutes vermuten. Für »beide Maßnahmen«, Sanierung und Kontextualisierung, sehe der Haushaltsbeschluss des Stadtrats 250.000 Euro vor.

Medial war die Performance ein voller Erfolg. MDR-Kultur titelte am 11. Mai: »Dresden: Kunstaktion will Debatte über Sowjetische Ehrenmale anregen«. Eine deutschlandweite Initiative? Der Autor fragte den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer (CDU), vorigen Montag bei einer Pressekonferenz, ob es das Anliegen des Freistaates Sachsen und der Kunstadt Dresden sein könne, an sowjetischen Denkmälern »herumzumodeln«. Kretschmers Antwort: »Es gibt viel Gerede, wie wir mit den Sowjetischen Ehrenmalen umgehen sollen. Wir haben uns in der Bundesrepublik Deutschland der Geschichte gestellt. Wir haben das in einem Staatsvertrag geregelt. Der Denkmalschutz wird gewahrt. Ein Abbau kommt nicht in Frage. Einzelne können Einwände machen. Wir sollten das mit viel Gelassenheit und Ruhe behandeln.«

Quelle: jungeWelt vom 23. Mai. Mit freundlicher Genehmigung für Isor aktuell

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 31.05.23

Einstellung im Internet: 07.06.23

Auslieferung: 13.06.23

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.06.23

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030) 29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: c/o Geschäftsstelle

Isor-Redaktion@t-online.de

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

<http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Nach tel. Terminvereinbarung (030) 29784 316

